

UNSER EUROPA – UNSERE ZUKUNFT

10 Forderungen für eine zukunftsfeste Europäische Union

Gefördert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder der Europäischen Kommission wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können für sie verantwortlich gemacht werden.



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

Verfasser: **Axel Müller**
Direktor: **Adam Nyman**
Fokusgruppenmoderator*innen: **Axel Müller,
Lena Loch, Caroline Will**
Debating Europe/de Redakteurin: **Caroline Will**
Designerin: **Dorothee Louis**

© Friends of Europe 2023

INHALTSVERZEICHNIS

Kurzzusammenfassung	4
Einleitung	4
Methodik	5
10 Forderungen für eine zukunftsfeste Europäische Union	5
Forderungen:	6
1. Korruption effektiv bekämpfen	6
2. Parlamentarische Repräsentation erhöhen – Wahlen ab 16 einführen	7
3. Politische Bildung ausweiten	9
4. Vorbilder in der Politik schaffen	11
5. Schnell gegen den Klimawandel handeln	12
6. Aus Fehlern lernen – Aufbruchstimmung erzeugen	14
7. Fähigkeiten realistisch einschätzen	16
8. Politik erklären und Interesse wecken	17
9. Geeint auftreten und europäische Werte konsequent einfordern	18
10. Strategische Unabhängigkeit erreichen	20
Fazit	21
Über Debating Europe/de	22

KURZZUSAMMENFASSUNG

Waffenlieferungen an die Ukraine, wirtschaftlicher Abschwung, Sorgen um die Energieversorgung und Ungewissheit über eine Zukunft in Frieden und Wohlstand – politischen Zündstoff gibt es dieser Tage nicht zu knapp. Grund genug von jenen zu hören, die von den heutigen Entscheidungen in Europa auch in Zukunft am meisten betroffen sein werden: die junge Generation. Debating Europe/de hat sich mit einer Gruppe von Abiturient*innen getroffen, um ihre Meinungen zu aktuellen europapolitischen Belangen zu verstehen. Basierend auf ihren Kritikpunkten arbeiteten die Jugendlichen zehn konkrete Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen heraus. Dieser Bericht fasst die Empfehlungen zusammen und gibt somit einen Fingerzeig darauf, wie Europapolitik in den kommenden Jahren neu gedacht und umgesetzt werden könnte.

EINLEITUNG

Ende Januar dieses Jahres feierten Deutschland und Frankreich das 60-jährige Jubiläum des Élysée-Vertrages – einem wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur bis heute anhaltenden europäischen Integration. Gleichzeitig feiert das Studierendenaustauschprogramm Erasmus immer neue Höchstzahlen an Teilnehmenden und Umfragen zeigen, dass die Zustimmung der europäischen Bürgerinnen und Bürger zum paneuropäischen Projekt wächst. Ist also alles super in Brüssel und Straßburg?

Mitnichten. Drei Jahre nach Beginn der Coronaviruspandemie spürt der europäische Kontinent, ebenso wie viele andere Teile der Welt, die wirtschaftlichen Konsequenzen mit voller Wucht. Zudem jährte sich im Februar der Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – ein Ereignis, das Schockwellen um die Welt sendete und das Friedensprojekt Europa nach wie vor auf eine harte Probe stellt. Die Krisen haben es nicht zuletzt durch ihre zahlreichen Nebenwirkungen – von Inflation über Energieversorgung bis hin zu Flüchtlingsbewegungen – in die Wohnzimmer aller Bürger*innen geschafft. All dies geschieht im Kontext dauerhafter Zerreißproben für die Welt, darunter die Klimakrise und die wachsende soziale Ungerechtigkeit.

Diese Zeit großer Unsicherheit und vermeintlicher Dauerkrisen hat Debating Europe/de zum Anlass genommen, sich mit einer Schüler*innengruppe darüber auszutauschen, wie es aktuell um die Europäische Union bestellt ist. Haben die jungen Leute, allesamt Erstwähler*innen bei der bevorstehenden Europawahl Vertrauen in ihre parlamentarischen Vertreterinnen und Vertreter? Was würden sie ändern, wenn sie selbst im Parlament säßen? Und wie bewerten sie das Auftreten der Union vor dem Hintergrund immer neuer Herausforderungen?

METHODIK

Um Antworten auf diese und weitere drängende Fragen zu erhalten, haben wir Ende Januar 2023 mit einer Gruppe von 50 Schülern und Schülerinnen aus Nordrhein-Westfalen gesprochen. Aufgeteilt auf kleine Gruppen und unter Anleitung erfahrener Moderator*innen haben sich die 16- bis 18-jährigen Gymnasiast*innen einer Auswahl Leitfragen gestellt, ausgehend von diesen jedoch ihre eigenen Schwerpunkte in der Diskussion gesetzt. Im Resultat stehen nach Abschluss der etwa 45-minütigen Debatten zehn unmissverständliche Forderungen an aktuelle und künftige politische Entscheidungsträger*innen.

Dieser Bericht fasst diese Handlungsempfehlungen zusammen und kontextualisiert sie unter Zuhilfenahme ausgewählter Zitate der Gespräche. Teilnehmende Diskussionsteilnehmer*innen werden mit Vornamen zitiert, z.T. pseudonymisiert, und geben Politiker*innen damit Anstöße zum kritischen Hinterfragen ihres Handelns zum Wohle der jungen Generation.

10 FORDERUNGEN FÜR EINE ZUKUNFTSFESTE EUROPÄISCHE UNION

FORDERUNGEN:

1. Korruption effektiv bekämpfen
2. Parlamentarische Repräsentation erhöhen – Wahlen ab 16 einführen
3. Politische Bildung ausweiten
4. Vorbilder in der Politik schaffen
5. Schnell gegen den Klimawandel handeln
6. Aus Fehlern lernen – Aufbruchstimmung erzeugen
7. Fähigkeiten realistisch einschätzen
8. Politik erklären und Interesse wecken
9. Geeint auftreten und europäische Werte konsequent einfordern
10. Strategische Unabhängigkeit erreichen

1. KORRUPTION EFFEKTIV BEKÄMPFEN

Der Besuch der Schüler*innengruppe in Brüssel stand im Zeichen tagespolitischer Debatten. Dementsprechend erregt waren viele Teilnehmer*innen über die im Dezember aufgetretenen Korruptionsanschuldigungen gegen die damalige Vizepräsidentin des Europaparlaments, Eva Kaili, sowie weitere Beschuldigte. So erklärte Lukas zu Beginn des Gesprächs: „Ich finde wir haben ein großes Problem durch die ganzen Geldmengen, die zwischen manchen Personen und Personengruppen laufen. Da ist halt viel gekauft. Da müsste man etwas gegen machen.“ Der aktuelle Korruptionsskandal sei demnach sinnbildlich für die Schwierigkeiten der EU, ergänzte er.

“ Manche Leute wollen sicher etwas verändern, aber es geht zu viel um Geld und Macht.

— Tara

Ulle schlug in die gleiche Kerbe und meinte Misswirtschaft sogar als eines der Kernprobleme der Union ausgemacht zu haben. „Mit der Korruption“, so Ulle, „ist die Motivation für Leute in die Politik zu gehen einfach die falsche. Manche Leute wollen sicher etwas verändern, aber es geht zu viel um Geld und Macht.“ Auch Tara erkannte eine strukturelle Problematik. Nicht nur sei Korruption „ein ziemliches Problem“, sondern es bedinge gleichzeitig weitere Fehlentwicklungen. „Ich finde es auch fragwürdig“, fuhr Tara fort, „dass Einrichtungen wie Krankenhäuser immer weiter privatisiert werden. Ich finde, man sollte vor allem solche lebenswichtigen Dinge in die Hände des Staates geben, damit man da mehr Kontrolle drüber hat. Wie kann man sonst die Interessen eines einzelnen, kranken Menschen vertreten?“ Viva hatte diesen Punkt ebenso erkannt und kritisierte, dass „meiner Meinung nach nur auf das Geld geachtet wird und wie man am meisten Umsatz machen kann.“

“ Die Industrie hat viel zu viel Macht.

— Gerrit

Andere Jugendliche äußerten sich ähnlich resigniert und waren sich einig darüber, dass unlautere Einflussnahme kein rein europäisches Thema darstellt. Gerrit bezog sich auf Deutschland mit seiner Feststellung: „Geld regiert die Welt. Die Industrie hat viel zu viel Macht. Auf Deutschland begrenzt hat zum Beispiel die Autoindustrie so eine Macht, dass sich E-Autos oder Wasserstoffautos gar nicht durchsetzen.“ Sein Mitschüler Denis hingegen schaute über den europäischen Tellerrand hinaus: „Es gibt so viele korrupte Regime. Ich finde, da ist Europa auf jeden Fall noch harmlos dagegen.“ Schon zuvor hatte er allerdings eingeschränkt: „Korruption ist nicht mein Hauptproblem. Korruption ist eh immer da – überall auf der Welt.“

Nuri gab ihm recht, indem er feststellte: „Korruption stellt in meinen Augen keine Krise dar. Dass Meinungen gekauft werden können, ist nichts Gutes. Allerdings muss man halt bedenken, dass es Teil der Politik ist. Lobbyismus spielt ja auch eine große Rolle in Verbindung mit Korruption. Es gibt ja ganze Organisationen, die Politikern gern – na ich sage mal – schmeicheln, um sich durchzusetzen. Das ist Teil der Politik und ich glaube, man kann Korruption gar nicht komplett verhindern.“

Dennoch waren sich die Schüler*innen einig, dass der Kampf gegen Korruption entschieden geführt werden müsse. „Geld und Ressourcen sollten besser verteilt werden“, befand Tara und stieß auf breite Zustimmung.

“ Geld und Ressourcen sollten besser verteilt werden.

— Tara

Eng verbunden mit ihrer Kritik an käuflichen Entscheidungsträger*innen war für viele Schüler*innen die Frage nach der Rekrutierung politischen Personals. „Das Problem liegt ja im einzelnen Menschen“, meinte Ulle. Man sehe „überall, dass Menschen versuchen, aus dem System ihren eigenen Vorteil zu schlagen. Das hat ja auch was mit der Moralität der Leute zu tun und welche Werte die vertreten.“ Ulles Lösungsvorschlag? Man müsse einfach „andere Leute in Parlamenten haben“, denn „ich glaube keiner von uns hat momentan Interesse in die Politik zu gehen. Trotzdem haben wir eine politische Meinung. Und das ist ja das Problem, was sich momentan voll verbreitet.“

2. PARLAMENTARISCHE REPRÄSENTATION ERHÖHEN – WAHLEN AB 16 EINFÜHREN

Ulle traf damit einen wunden Punkt, der im Laufe der Diskussionen immer wieder aufgegriffen wurde. Viva hatte zudem bereits herausgestellt, dass „die Meisten, die dort [im Parlament] sitzen und die ganzen Regeln bestimmen, Leute sind, die etwas älter sind. Aber das ist unsere Zukunft und unsere Welt.“ Leonie knüpfte daran an: „Ich glaube auch, dass es nicht von Vorteil ist, dass in der EU so viele ältere Leute sitzen.“

“ Das Ding ist: Natürlich haben ältere Leute mehr Lebenserfahrung, aber ganz oft kann auch neue oder jüngere Energie guttun, weil man dann vielleicht einen ganz anderen Blickwinkel auf Dinge hat. Manche Entscheidungen haben vielleicht keine weitergehenden Folgen für ältere Leute. Aber wir [Jugendlichen] haben ja noch das ganze Leben vor uns.

— Emma

Ein Blick auf die Parlamentssessel in Brüssel und Straßburg stimmte die Abiturientin wenig zuversichtlich, denn „es wäre wichtig, dass wir verschiedene Meinungen haben, auf denen man ein fundiertes Paket bilden kann und generell Kompromisse mit anderen Ländern und für andere Situationen finden kann.“ Die Generation von morgen sei in besonderem Maße von den Entscheidungen von heute betroffen und

hätte daher den einen oder anderen Platz im Europaparlament verdient.

„Ich muss Leonie da zustimmen“, meinte Emma, „denn das Ding ist: Natürlich haben ältere Leute mehr Lebenserfahrung, aber ganz oft kann auch neue oder jüngere Energie guttun, weil man dann vielleicht einen ganz neuen Blickwinkel auf Dinge hat. Manche Entscheidungen haben vielleicht keine weitergehenden Folgen für ältere Leute. Aber wir [Jugendlichen] haben ja noch das ganze Leben vor uns.“ Nicht zu vergessen seien außerdem die „Kinder, die sogar noch länger leben. Deshalb ist es wichtig, dass jede Altersklasse vertreten ist.“ Leonie untermauerte diese Haltung mit dem Beispiel neuer „Krankheiten wie Klimaangst oder Klimadepression. Sowaas kennen die alten Leute nicht und können sich damit wahrscheinlich weniger identifizieren als unsere Jugend, die tagtäglich mehr damit zu kämpfen hat.“ Julius pflichtete Leonie bei: „Ein bisschen frischer Wind würde bestimmt ganz guttun. Wenn Politiker neu ins Parlament kommen, glaube ich, bringen die noch Motivation mit.“ Auch Jette glaubte, es könne nur dann positiver Wandel eintreten, wenn „jetzt viele Jüngere kommen.“ Anderenfalls würde sich in der Politik „einfach nichts ändern.“

“ Wenn wir nur alte Leute im Parlament sitzen haben, dann haben die doch gar keinen Horizont für neue Ideen.

— Leonie

Doch leicht machten es sich die Schüler und Schülerinnen mit der Formulierung ihrer Forderung nach mehr politischer Repräsentation keinesfalls. Vielmehr setzten sie sich differenziert damit auseinander. „Ich fände es schwachsinnig, wenn man 20-Jährige ins Parlament setzt, die keine Ausbildung oder kein Studium abgeschlossen haben“, kritisierte Emma, „es funktioniert ja zum Beispiel genauso wenig, dass man Arzt wird ohne ein Studium. Deswegen finde ich, dass man für die Politik genauso eine Ausbildung oder ein Studium bräuchte.“

Bernadette merkte an, es sei mitunter „problematisch, auch jüngere Menschen zu integrieren, weil wir einfach nicht den Überblick haben über geschichtliche und politische Zusammenhänge. Es ist schwierig, das erstmal alles zu verstehen und sich dort auch Sachen anzueignen, die man eben braucht, um politische Entscheidungen zu treffen. Das braucht einfach Zeit.“ Dieser Haltung entsprechend stimmte sie Emma zu und sprach sich ebenfalls nicht explizit dafür aus, „dass man mit 20 im Europäischen Parlament sitzen sollte. Klar, es gibt auch Ausnahmefälle, aber das entspricht nicht der Norm.“

Zilan stimmte zwar zu, „dass es nicht der Norm entspricht. Aber genau das ist es doch, wogegen wir ankämpfen sollten: Gegen die Norm, weil es halt nicht normal ist. Wir müssen uns ja irgendwie weiterentwickeln. Und weiterentwickeln können wir uns nur dadurch, dass wir uns verändern oder andere Dinge in Erwägung ziehen. Daher finde ich es wichtig, dass man jugendliche Meinungen aufnimmt.“ Darüber hinaus gab sie zu Protokoll: „Man sieht doch in den sozialen Medien, dass sich so viele Jugendliche für verschiedene Themen einsetzen, zum Beispiel den Klimawandel. Viele von denen haben auf jeden Fall eine starke und aussagekräftige Meinung und das kann meiner Meinung nach die EU viel weiter bringen.“

Emma erkannte den Konsens beider Standpunkte: „Ich denke, dass es keine gute Entscheidung wäre, wenn man nur 20- und 30-Jährige in Parlamenten hätte. Ich denke, dass es eine Mischung aus allen sein sollte.“ Außerdem berichtete sie aus eigener Erfahrung, „dass alte Leute ein bisschen festgefahren sind, nicht mehr so offen für neue Sachen.“ Dem schloss sich Leonie an: „Wenn wir nur alte Leute im Parlament sitzen haben, dann haben die doch gar keinen Horizont für neue Ideen – sei es Social Media oder andere Netzwerke, wo man heutzutage mehr an die Jugend vermitteln kann, sich mehr mit Politik auseinandersetzen. Ich glaube nicht, dass eine 70-jährige Person, die da sitzt, weiß, was ein Instagram Reel ist. Deswegen glaube ich, dass eine gute und gesunde Mischung aus älterer und jüngerer Altersklasse, die aufeinandertreffen, dann andere Initiativen entwickelt.“ Genau wie Zilan schloss auch Leonie ihre Argumentation: „Das kann auch die EU voranbringen.“

“ Ohne die jüngere Generation werden wir später wahrscheinlich nicht weit kommen.

— Zilan

Bernadettes Argument, dass „Politiker, die 40 oder älter sind, auch beraten werden und unsere Meinungen mitkriegen“, überzeugte ihre Diskussionspartner*innen kaum. „Es ist jetzt nicht so, dass sie [ältere Politiker*innen] nur Politik für alte Leute machen. Aber“, gab Bernadette zu bedenken, „wir haben eben den demografischen Wandel und wir haben, vor allem in Deutschland, mehr alte Leute, weshalb sich unsere Politik auch mehr an den älteren Menschen orientiert.“

Zilan wollte diesen Punkt nicht in Abrede stellen. Dennoch war es ihr „wichtig, dass man die Meinung von den jüngeren Menschen aufnimmt, weil es die sind, die die Zukunft sind. Ohne die jüngere Generation werden wir später wahrscheinlich nicht weit kommen. Deswegen finde ich es wichtig, dass die Meinungen nicht nur ein bisschen gehört werden, sondern sehr viel sogar. Und dass sie dann auch aufgenommen und umgesetzt werden. Ich denke, das ist eine Lücke, die noch gefüllt werden muss.“

Um ebenjene Lücke auch tatsächlich zu füllen, regten die Schüler*innen neben einer diverseren Abbildung der Gesellschaft im Parlament das generelle Absenken des Wahlalters auf 16 an. Lukas beispielsweise zog seine Zuversicht für die Zukunft Europas aus dem Umstand, dass bei Europawahlen bereits ab 16 gewählt werden kann – eine Gesetzesänderung, die erst wenige Tage vor den Gruppendiskussionen vom Bundestag beschlossen wurde. Das war auch in Bernadettes Sinn, die klar formulierte: „Ich finde, dass man das Wahlalter auf 16 herabsetzen sollte.“

3. POLITISCHE BILDUNG AUSWEITEN

Jedoch reiche das Wahlalter ab 16 alleine nicht. Deswegen forderte Bernadette: „Aber dann geht es auch darum, mehr Politik in Schulen anzubieten und irgendwie auch mehr Politik in das Leben von jüngeren Menschen reinzubekommen [so dass] wir irgendwie dazu gezwungen werden, uns damit auseinanderzusetzen. Denn es ist natürlich auch ein schwieriges Thema und es gibt auch viele Bereiche, die schwer zu

verstehen sind. Ich glaube, das Problem liegt auch daran, dass dann viele abschalten, dass sie zu wenig Lust haben, sich damit zu beschäftigen, weil es recht kompliziert ist, in das ganze Thema reinzukommen.“

“ Viele erkennen die Wichtigkeit im Wählen nicht.

— Leoni

Leoni stellte die Verbindung zwischen politischer Bildung und politischer Teilhabe noch deutlicher heraus: Das „Wahlalter 18 würde ich im Moment vollkommen legitim finden, weil man in der Schule ja Politik nach der 9. Klasse abwählen kann und viele Leute gar nicht die Motivation haben, sich über Politik zu informieren. Wenn es in der Schule behandelt wird, fände ich 16 als Wahlalter auch gut.“ Konsequenterweise schlussfolgerte sie: „Aber so wie es jetzt im Moment ist, würde ich mich nicht für das Wählen ab 16 aussprechen.“ Emma erkannte im Desinteresse sogar eine Gefahr. Schließlich sei es „problematisch, dass es [das Wählen] viele Leute in unserem Alter gar nicht richtig ernst nehmen. Ich kenne das von den Meisten. Die sagen einfach: ‚Mir ist das egal‘ und dann wählen die einfach AfD oder die Tierschutzpartei, einfach, weil sie das lustig finden. Wir hatten in der Schule mal so eine Wahl und da war das auch so. Ich glaube auch, wenn man sagen würde, mit 16 können alle wählen, würden ganz viele sagen: ‚Ok, gehen wir mal aus Spaß wählen und gucken, was dabei rauskommt.‘ Viele erkennen die Wichtigkeit darin nicht.“

Weder für Leoni noch für Emma war dies aber Rechtfertigung genug, um am Wahlalter mit 18 festzuhalten. Einmal mehr plädierten sie für mehr politisch-gesellschaftliche Erziehung. „Man sollte, wie Bernadette das gesagt hat, mehr informieren, warum das [Wählen] wichtig ist und Kinder auch ein bisschen ermutigen, dass Politik auch ganz interessant sein kann und dass es nicht nur Leute ab dem Alter von 60 sind, die zusammensitzen und über irgendwas diskutieren“, so Emma, denn immerhin werden im politischen Diskurs „unterschiedliche Themen angesprochen, die auch alle betreffen.“

“ In den Schulen sollte aktiver über Politik geredet werden. Das sollte Pflicht sein oder zumindest sollte es erstmal diese Möglichkeit geben.

— Zilan

Auch für Leonie lag der Schlüssel zur Lösung mancher Probleme „in der Schulbildung.“ Zilan schloss sich dem an: „In den Schulen sollte aktiver über Politik geredet werden. Das sollte Pflicht sein oder zumindest sollte es erstmal diese Möglichkeit geben.“ Zudem sollte die Debatte nicht immer nur von einigen Wenigen, die sich am lautesten äußern, bestimmt werden. „Politiker sollten sich noch mehr dafür einsetzen, dass Menschen, die nicht auf sozialen Medien sind, die Möglichkeit bekommen, sich woanders zu äußern“, führte Zilan weiter aus.

Margot, die in einer anderen Gruppe diskutiert hatte, spann den Bogen noch weiter: „Was ich wichtig finde, ist, dass den Menschen klargemacht wird, wie viel sie eigentlich durch ihre eigene Stimme verändern können. Politik ist immer noch relevant. Wenn

ich nicht wählen gehe oder mich nicht beteilige, heißt das nicht, dass ich mich dem entziehen kann.“ Hiermit sprach Margot vor allem das seit Jahren ungelöste Problem politischer Polarisierung an, denn „Jeder, der in die Extreme geht, ist natürlich auch extremer motiviert, wählen zu gehen als die Meisten.“ Immerhin „gibt es an Wahltagen auch Leute, die sagen: ‚Ach na ja ich bin ja sowieso für irgendwas da in der Mitte und dementsprechend gehe ich auch nicht wählen.‘ Aber durch das Nichtwählen gibt man ja extremen Meinungen eine viel größere Plattform als wenn man halt einfach nur irgendwas wählt.“ Wie ihre Mitschüler*innen verwies auch Margot auf verstärkte politische Bildung, es sei schließlich „wichtig, den Bürgern einen klaren Weg zu weisen. Also den Weg zum Wählen hin, dass sie nicht überfordert sind, weil sie nicht genau wissen, was sie wählen sollen. Also wäre da auch nochmal eine genauere Information wichtig.“ Nebenbei würde das ihrer Meinung nach auch die Wahlbeteiligung generell erhöhen.

“ Politik ist immer noch relevant. Wenn ich nicht wählen gehe oder mich nicht beteilige, heißt das nicht, dass ich mich dem entziehen kann.

— Margot

4. VORBILDER IN DER POLITIK SCHAFFEN

Eng verknüpft war diese Forderung für die Erstwähler*innen einmal mehr mit der Frage, wer die Interessen der Wähler*innen parlamentarisch vertritt. So war sich Ulle sicher, „dass ich nicht vernünftig vertreten werde. Und ich wüsste auch nicht, wer das bald tun sollte.“ Er war sich sicher, „dass man andere Leute in Parlamenten haben sollte“ und hatte allgemein „das Gefühl, dass die falschen Leute in die Politik gehen. Denn alle Leute, die für mich die richtigen Ansätze und Ideen haben, die sind frustriert und gehen in andere Bereiche in ihrem Leben anstatt in die Politik zu gehen.“

“ Alle Leute, die für mich die richtigen Ansätze und Ideen haben, die sind frustriert und gehen in andere Bereiche in ihrem Leben anstatt in die Politik.

— Ulle

Ulle stieß mit dieser Feststellung auf breite Zustimmung und regte Nuri zu einem weiteren Kritikpunkt an. „Im Europaparlament ist sehr viel rechts und links dazugekommen“, reflektierte er die letzte Wahl vor vier Jahren. Nuri zufolge sei seitdem das Kernproblem, „dass wir keine einheitlichen Sichten mehr vertreten wollen. Also wir könnten, aber wir wollen gar nicht, habe ich so das Gefühl. Und ich denke, was wichtig ist – auch wenn sich das jetzt richtig dumm anhört – ist, dass man irgendwie auf einen Nenner kommen muss. Also man muss miteinander zurechtkommen und man sollte dafür sorgen, dass weniger Hass zwischen den Menschen ist.“ Seine Empörung über dieses Phänomen verdeutlichte er noch mit dem Beispiel von „lustigen und, in

meinen Augen, peinlichen Clips aus dem Bundestag, wo Leute ausfallend werden. Ich finde, so sollten wir nicht repräsentiert werden. Ich denke, dass viel Respekt nötig ist in der Politik, weil – ganz ehrlich – viele Politiker sind sich wahrscheinlich ihrer eigenen Position nicht mehr bewusst.“

“ **Man muss miteinander zurechtkommen und man sollte dafür sorgen, dass weniger Hass zwischen den Menschen ist.**

— Nuri

Abermals begnügten sich die Schülerinnen und Schüler bei ihren Ausführungen jedoch nicht nur mit reiner Kritik, sondern schlugen auch hier eine mögliche Lösung vor. Emma führte die vielschichtige Problematik verbesserungswürdiger Repräsentation auf eine simple Formel zurück: Mehr junge Politiker*innen, die der nächsten Generation als Vorbilder dienen.

Mehr „junge Leute“ in der Politik bedeuteten „auch ein Zeichen an die Jugend heutzutage. Ich glaube, viele haben immer das Bild von Politik im Kopf: Das sind die alten Leute, die da irgendwas für uns regeln“, schlug Emma den Bogen zu vorher geäußerten Punkten ihrer Mitschüler*innen. Welche Symbolkraft und Vorbildfunktion junge Menschen im politischen Betrieb haben können, machte sie noch deutlicher: „Wenn man zum Beispiel sehen würde: ‚Ok, die Politikerin ist nah an uns dran, die kann das für uns entscheiden. In ihr sehe ich mich ein bisschen widergespiegelt, wie sie möchte ich werden.‘ Man identifiziert sich ja schließlich selten mit einem 60-Jährigen. Aber mit einer 28-Jährigen, die aufsteigt und von den Älteren ernst genommen wird, hat man vielleicht die Motivation: ‚Ja, das kann ich auch schaffen. Meine Stimme zählt auch, obwohl ich noch jung bin.‘“

“ **Wenn man zum Beispiel sehen würde: ‘Ok, die Politikerin ist nah an uns dran, die kann das für uns entscheiden, in ihr sehe ich mich ein bisschen widergespiegelt’, dann hat man vielleicht die Motivation zu sagen: ‘Ja, das kann ich auch schaffen. Meine Stimme zählt auch, obwohl ich noch jung bin.**

— Emma

5. SCHNELL GEGEN DEN KLIMAWANDEL HANDELN

Daran, dass die Stimme der Jugend zählt, wie Emma sagt, sollte wohl kein Zweifel bestehen. Ebenso wenig an der Dringlichkeit, wirksame Maßnahmen gegen den

fortschreitenden Klimawandel zu ergreifen. Doch die Schüler*innen sehen hier noch großen Nachholbedarf, nicht zuletzt durch die frischen Eindrücke der Räumung des Dorfes Lützerath – genau wie die Heimatorte der Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen gelegen.

“ Wie mit Klimawandel umgegangen wird, dass das Abkommen von Paris nicht eingehalten wird, das verstehe ich einfach nicht.

— Gerrit

Alma missfiel das grundlegend: „In Lützerath gab es ja jetzt diese Proteste, weil die Politik weiter Braunkohle abbauen will.“ Auch wenn dies im Einklang mit geltenden Gesetzen ist, deutete Alma auf die Widersprüchlichkeit dieser Beschlusslage hin: „Wenn sie [die Politiker*innen] es so machen, dass sie jetzt vor 2030 noch ganz viel Kohleenergie gewinnen wollen, dann ist es ja trotzdem schädlich.“ Für Gerrit war das Verhalten deutscher und europäischer Entscheidungsträger*innen auch über Lützerath hinaus problematisch. „Wie mit Klimawandel umgegangen wird, dass das Abkommen von Paris nicht eingehalten wird, das verstehe ich einfach nicht“, so der Abiturient, der die EU trotz grober Fahrlässigkeiten im internationalen Vergleich immer noch als führend ansah. Seiner Meinung nach könne man Maßnahmen der europäischen Staatengemeinschaft, wie den Europäischen Green Deal, „natürlich nicht mit Russland und China vergleichen. Das ist ja ganz krass, was da abgeht.“

“ Es gibt schon total viele Regelungen, damit wir die 1,5°-Regel nicht überschreiten. Das müsste man halt jetzt umsetzen. Oder schon letztes oder vorletztes Jahr.

— Viva

Auch Medina sah dies ähnlich und meinte: „Wenn man Europa mit anderen Kontinenten vergleicht, dann sind wir eigentlich ein ziemliches Vorbild. Wir sind den anderen schon weit voraus, beziehungsweise mit manchen auf demselben Level.“ Begründet sei dies in „guten Ansätzen“, die Medina hoffnungsfroh stimmten, „dass man in Zukunft auch vieles umsetzen könnte.“ Viva stimmte dem prinzipiell zu: „Ich denke, dass die EU in vielen Situationen sehr schnell Lösungen findet oder auch neue Regelungen aufstellt.“ Jedoch: „Die Umsetzung finde ich problematisch, die ist ziemlich schlecht.“ Viva machte das insbesondere am Umwelt- und Klimaschutz fest. Dort gebe es bereits „total viele Regelungen, damit wir die 1,5°-Regel nicht überschreiten. Das müsste man halt jetzt umsetzen. Oder schon letztes oder vorletztes Jahr.“ Den vielen Worten endlich wirksame Taten folgen zu lassen, „steht auch eigentlich auf dem Plan. Nur wir kriegen es halt nicht gerallt, das umzusetzen. Das ist ein Riesenproblem.“

Wie die große Mehrzahl ihrer Mitschüler*innen war sich auch Viva bewusst, dass „viele Faktoren mitspielen, die wichtig sind.“ Dennoch werde allzu oft Ökonomie vor

Ökologie gestellt. „Um die finanzielle Lage nicht ins Minus zu schütten“, erzürnte sich die Schülerin, würden immer und immer wieder Entscheidungen getroffen, die „eben für die Umwelt extrem schlecht sind.“ Auch Jette sah das Problem tief im System verankert. „Ich glaube, statt dem dauerhaften Konsum muss ein Verzicht entstehen, um auch den Schutz des Klimas erreichen zu können“, sagte sie und forderte eindringlich, „wir müssen wirklich am Klimaschutz arbeiten.“

“ Ich glaube, statt dem dauerhaften Konsum muss ein Verzicht entstehen, um auch den Schutz des Klimas erreichen zu können.

— Jette

Leoni stimmte zu. Steigende Meeresspiegel und vermehrte Extremwetterereignisse seien ein „großes Problem.“ Die Antworten der Politiker und Politikerinnen würden dem nicht im Ansatz gerecht, wie Leoni ausführte: „Ich finde, dass Entscheidungen viel zu spät getroffen werden. Also eigentlich werden ja gar keine richtigen Entscheidungen dazu getroffen.“ Sie forderte ein konsequentes und kontinuierliches Arbeiten an den Klimazielen, anstatt junge Generationen mit dem Problem allein zu lassen. Es sei immens wichtig, dass die Politik „nicht irgendwie immer das nach hinten schiebt und generell einfach Entscheidungen mal trifft.“ Nick sah das genauso: „Wenn man sieht, dass Dinge schlecht sind, dann sollte man das nicht einfach nur sagen, sondern was machen. Ich würde mir wünschen, dass man die Sachen umsetzt, die man anders haben will.“

“ Wenn man sieht, dass Dinge schlecht sind, dann sollte man das nicht einfach nur sagen, sondern was machen.

— Nick

Zum Abschluss dieses Themas meinte Medina, sie „würde den anderen grundsätzlich zustimmen, dass man mehr tun sollte.“ Diese Verantwortung aber einzig und allein Menschen in politischen Führungspositionen zuzuschieben, griff ihr zu kurz: „Beim Aspekt Klima kann Jeder etwas tun und ich glaube, dass man auch etwas tun muss.“

6. AUS FEHLERN LERNEN – AUFBRUCHSTIMMUNG ERZEUGEN

Da aber nach Ansicht der Schülergruppe bis dato nicht genug getan wurde, sollten die Europapolitiker*innen aus den gemachten Fehlern zumindest lernen – nicht allein in Bezug auf die Klima-, sondern auch die Gesundheits-, Energie- und weiteren Krisen.

„Krisen zu verhindern ist unmöglich“, erkannte Julius an, „das liegt außerhalb des Spielraums der EU.“ Wie gut die Union mit der Coronapandemie und weiteren

Herausforderungen der jüngsten Vergangenheit umgegangen ist, war dabei in der Gruppe sehr umstritten. Viktoria fasste die Stimmungslage gut zusammen: „Ich finde grundsätzlich versuchen Deutschland und die EU etwas zu bessern, was die Krisenzeit angeht. Aber das ist noch nicht genug.“ Ihrem Empfinden nach gebe es durchaus „mehr Lösungen“ für aktuelle Herausforderungen als jene, die der Öffentlichkeit angeboten werden. Berlin und Brüssel seien „nicht wirklich schlecht darin, wie sie mit der Krise umgehen, aber es ist einfach noch nicht genug.“

“ Ich finde grundsätzlich versuchen Deutschland und die EU etwas zu bessern, was die Krisenzeit angeht. Aber das ist noch nicht genug.

— Viktoria

Aus dieser Beobachtung schlussfolgerte Paul, dass „man ja in Krisensituationen erst merkt, was zum Beispiel in der Infrastruktur mangelhaft ist. Dann kann man es verbessern, weil man weiß, wo man ansetzen sollte.“ „Aus Fehlern, die die EU in einer vorherigen Krise gemacht hat“, sollte der Staatenverbund entsprechende Schlüsse ziehen, pflichtete ihm Alma bei. Sie hoffe, die Europäische Union würde zukünftig ernster nehmen, was sie bis dato „vielleicht nicht so ernst genommen hat.“

Leonie sagte ganz in diesem Sinne: „Ich glaube auch, dass die EU stärker wird, wenn Krisen auftreten, weil man dann die Lücken im System sieht und sie erkennt und daran etwas ändern kann.“ Was konkret aus jüngsten Fehlern gelernt werden könne? Ulle präsentierte einen Ansatz: Kurz und knapp würde ich sagen, dass man die Beziehungen zwischen Staatsorganen [auch jenen der EU] und Bürgern wiederherstellen müsste, damit Nähe wiederkommt und da ein Vertrauen da ist.“

“ Ich glaube auch, dass die EU stärker wird, wenn Krisen auftreten, weil man dann die Lücken im System sieht und sie erkennt und daran etwas ändern kann.

— Leonie

Emmas Vertrauen hatte bereits gelitten. „Gestern haben wir erfahren, womit sich die EU so beschäftigt“, erzählte sie, „und ich finde, manche Themen sind einfach extrem unnötig. Zum Beispiel gibt es ernsthaft eine Regelung zu krummen Gurken? Das hat mich ein bisschen schockiert. Das ist wirklich unnötig und fast respektlos den wichtigen Themen gegenüber.“ Zwar wurde Emma umgehend von ihren Klassenkamerad*innen dahingehend aufgeklärt, dass die berühmt-berüchtigte Gurkenverordnung schon seit einiger Zeit keinen Bestand mehr hat. Dennoch leitete sie damit über zu einer weiteren Forderung der Schüler*innen, auf die auch Gerrit zu sprechen kam, als er kritisierte, „dass Europa viele kleinliche Entscheidungen trifft und alle möglichen Normen einführt. Teilweise hilft das ja auch dem Verbraucher. Aber Europa trifft zu viele von diesen kleinen Entscheidungen und keine wirklich große Entscheidung.“

“ Europa trifft zu viele von diesen kleinen Entscheidungen und keine wirklich große Entscheidung.

— Gerrit

7. FÄHIGKEITEN REALISTISCH EINSCHÄTZEN

Die Rede ist vom Wunsch, dass Politiker*innen der EU ihr Wirken und ihre Fähigkeiten realistisch einschätzen sollten. Das bedeute zum einen, wie von Emma dargelegt, nicht unnötigerweise in Detailfragen abzudriften – also dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung zu tragen. Zum anderen solle man sich aber auch nicht mit offensichtlich unlösbaren Aufgaben überlasten.

“ Es werden auch immer relativ viele Versprechungen gemacht, die nicht unbedingt immer eingehalten werden.

— Luisa

Ungeachtet der jeweiligen Krise stellte Sarah fest: „Die Ansätze für Lösungen werden immer schnell gefunden, jedoch sind diese oft nicht erreichbar und dann werden sie auch nicht erreicht und die Entwürfe wieder verworfen.“ Grund dafür sei, „dass man sich zu hoch einschätzt. Man denkt, man schafft das alles zusammen und übernimmt sich dann mit den ganzen Aufgaben.“ Luisa hatte dasselbe Problem bei in Folge der Pandemie unterbrochenen Lieferketten ausgemacht: „Vor allem Corona hat uns auch gezeigt, dass es viel Mangel gibt, zum Beispiel wenn relevante Produkte, die gebraucht werden, wie Medikamente, aus anderen Regionen nicht kommen. Daran muss einfach gearbeitet werden. Da werden auch immer relativ viele Versprechungen gemacht, die nicht unbedingt immer eingehalten werden.“

“ Ich glaube, die EU überschätzt sich.

— Bernadette

Bernadette äußerte sehr ähnliche Kritik: „Ich glaube, die EU überschätzt sich. Sie will zum Beispiel auf erneuerbare Energien setzen oder kein Gas mehr von Russland nehmen. Aber erst im Nachhinein merkt sie dann: ‚Oh, wie gehen wir denn damit um?‘ Dann genügt die Energieversorgung nicht mehr und sie ist gezwungen, irgendwelche Verträge mit Katar auszuhandeln, wobei man doch weiß, dass die [katarische] Regierung auch weder unterstützbar noch moralisch ist.“ Durch Deutschlands prominente Rolle in Vereinbarungen über Gaslieferungen aus dem Golfstaat sowie die wenige Wochen vor den Gruppendiskussionen zu Ende gegangene Fußballweltmeisterschaft im Emirat kam das Beispiel Katars gelegen. Dabei sei eine solche Partnerschaft nach Bernadettes Meinung „doch genauso problematisch wie zum Beispiel, dass Putin die Ukraine angreift.“

Das Thema Energieversorgung trieb auch Emma um: „Eigentlich wollte die EU ja auf erneuerbare Energie umsteigen, aber jetzt, weil sie das massive Problem hat wegen des Krieges, versucht sie aktuell auch Verträge mit Katar auszuhandeln. Und das widerspricht ja komplett dem eigentlichen Plan mit den erneuerbaren Energien.“ Daher sei die Energiekrise „momentan das beste Beispiel“ dafür, „dass die EU, indem sie versucht, eine Krise zu lösen, sich in vielen Sachen widerspricht. Sachen, von denen es eigentlich hieß, dass sie das nicht machen will“, so Emma weiter.

“ Europa macht nicht so eine richtig gute Figur, weil dieser ganze Aufwand Abläufe so sehr erschwert und so langsam laufen lässt. Da kommt man überhaupt nicht mit und Entscheidungen kommen zu spät.

— Ulle

Abermals veranlasste die Diskussion die Jugendlichen zu Kritik an grundlegenden Abläufen im komplexen Apparat der Europäischen Union. Ulle kam zu folgendem Schluss: „Europa macht nicht so eine richtig gute Figur, weil – und das soll jetzt keine Kritik an der Demokratie sein – dieser ganze Aufwand im europäischen System diese Abläufe so sehr erschwert und so langsam laufen lässt. Da kommt man überhaupt nicht mit und Entscheidungen kommen zu spät.“ Paradoxiertweise fehle es aber an einer „großen Gewalt über Staaten“, sodass man selten „Sachen durchsetzen kann. Staaten können sich dem so doll entziehen, europäische Gelder ausnutzen.“ Wie viele Andere ließ Ulle dies mit einem Kopfschütteln zurück: „Das finde ich sehr schwierig.“

Einmal mehr schlug die Gruppe den Bogen zur Klimapolitik. In diesem Bereich würde man mit Blick auf Brüssel und Straßburg ganz besonders merken, „dass sich ganz oft überschätzt wird und man dann später noch weniger erreicht, als wenn man erstmal kleinere Schritte versuchen würde“, wie Bernadette sagte.

8. POLITIK ERKLÄREN UND INTERESSE WECKEN

Ob nun kleinere oder doch größere Schritte, die Mädchen und Jungen kamen auch überein, dass die EU ihr Handeln grundsätzlich besser erklären müsse. Zilan hatte bereits in der Debatte um bessere Vertretung jugendlicher Interessen festgestellt, dass „die Kommunikation zwischen den Politikern und den Jugendlichen fehlt.“

“ Die Kommunikation zwischen den Politikern und den Jugendlichen fehlt.

— Zilan

Demgemäß regte Florian nun an, dass die Kommunikation der Europäischen Union besonders in schweren Zeiten verbessert werden müsse. Viele Menschen würden das Krisenmanagement in Brüssel nicht verstehen, erläuterte er. Auch Ulle wünschte sich eine „bessere Öffentlichkeitsarbeit“ und Chiara regte allgemein ein „besseres Erklären“ an. „Es ist total oft so“, meinte sie, „dass, wenn irgendwelche neuen politischen Entscheidungen getroffen wurden, man darüber spricht und irgendwie sind alle unzufrieden damit und es gibt gar niemanden, der sagt: ‚Ja, das war aber eine gute Entscheidung.‘“ Eine bessere Kommunikation würde nach Chiaras Überzeugung beiden Seiten helfen, denn „man sollte auch einfach mal die Meinungen der Bürger vertreten.“

“ Man sollte auch einfach mal die Meinungen der Bürger vertreten.

— Chiara

Emma fügte diesem Teil der Debatte noch einen wichtigen Aspekt hinzu, als sie sagte: „Beim Kommunikationsproblem denken sicherlich die Meisten, dass das Problem bei den Politikern liegt, vor allem bei den älteren Politikern, die die jüngere Generation nicht ernst nehmen. Aber ich glaube eher, dass das Kommunikationsproblem an der jüngeren Generation liegt, da bestimmt über 90 % der Jugend nicht wirklich an Politik interessiert sind und auch nicht motiviert sind, da irgendetwas zu ändern und dann auch gar nicht auf die Politiker zugehen, um irgendetwas zu ändern.“ Abermals hatte die Gruppe somit unter Beweis gestellt, sich selbst kritisch hinterfragen zu können. Emma wandte sich gar direkt an ihre Mitschüler*innen: „Deswegen denke ich, dass die, die versuchen, immer die ältere Generation verantwortlich zu machen, sich mal lieber an die eigene Nase packen sollten und sich fragen sollten, ob sie sich denn überhaupt so stark dafür einsetzen, dass sich auch wirklich etwas ändert. Ich weiß nicht, ob hier am Tisch jemals jemand versucht hat, Kontakt mit Politikern aufzunehmen.“

“ Beim Kommunikationsproblem denken sicherlich die Meisten, dass das Problem bei den Politikern liegt. Aber ich glaube eher, dass das Kommunikationsproblem an der jüngeren Generation liegt, da bestimmt über 90% der Jugend nicht wirklich an Politik interessiert sind.

— Emma

9. GEEINT AUFTRETEN UND EUROPÄISCHE WERTE KONSEQUENT EINFORDERN

Dabei wäre es im Sinne der Jugendlichen und vieler weiterer EU-Bürger*innen, wenn jene, die politische Entscheidungen treffen, und jene, die von diesen Entscheidungen

betroffen sind, sich mehr aufeinander zubewegen würden. Ebenso wie die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an sich, wie die Schüler*innen klarstellten.

Tara äußerte den Wunsch, in einem Europa zu leben, „in dem es nicht so viel Streit gibt und was vielleicht ein bisschen einheitlicher ist.“ Sie war einer Meinung mit Denis, der sich sicher war, europäische Staaten könnten und sollten „noch mehr zusammenarbeiten.“ Emily pflichtete dem bei und legte dar, dass es ihr bis heute ein Rätsel sei, warum die EU-Länder während der Covid-19-Pandemie nicht noch mehr an einem Strang zog. Während Florian einwarf, dass die EU immerhin Impflieferungen gemeinsam organisiert und Vakzine später auch koordiniert an andere Teile der Welt gespendet habe, beharrte Emily darauf, dass innereuropäische – und gar innerdeutsche – Regeln einem Flickenteppich glichen.

“ Es muss nicht das Ziel sein, dass wir alle gleich werden wie im Kommunismus, sondern dass man zusammenarbeitet und Krisen gemeinsam meistert.

— Katharina

Die Uneinigkeit zwischen Emily und Florian löste eine breitere Debatte darüber aus, wie geeint die europäischen Staaten auftreten sollten. Katharina meinte, Ziel müsse es nicht sein, „dass wir alle gleich werden wie im Kommunismus, sondern dass man zusammenarbeitet und Krisen gemeinsam meistert.“ Emily – eine Namensvetterin der zuvor erwähnten Abiturientin – fügte dem hinzu, dass es in der Tat sehr wichtig und auch nützlich sei, wenn „nicht alle Staaten der EU gleich werden.“ Die einzelnen Länder sollten vielmehr ihre Eigenheiten beibehalten, gleichzeitig aber ihre Kooperation vertiefen.

Emma sagte: „An sich macht es Sinn, wenn die EU vereint auftritt. Aber bei gewissen Themen haben die Länder einfach sehr verschiedene Meinungen. Und dann, finde ich, kann es halt nicht immer funktionieren, dass die EU geeinigt auftritt.“ Damit sprach Emma aus, was viele ihrer Mitschüler*innen dachten. So war sich die Gruppe einig, dass trotz teilweise erheblicher Unterschiede stets die verbindenden Elemente zwischen den europäischen Staaten gesucht werden sollten. Darüber hinaus sei Einigkeit nach außen hin mitunter noch wichtiger als gegenüber den eigenen Mitgliedsländern.

“ Putin hätte eine größere Hemmschwelle, an Deutschland oder Schweden heranzugehen, weil die in der EU und damit alle zusammen sind.

— Emma

Dies sei „eigentlich logisch“, wie Emma weiter ausführte, „denn wenn man sich mehr vereinigt, gibt es eine größere Hemmschwelle bei Kriegen.“ Konkret meinte sie damit,

„dass wenige Länder an die EU herangehen würden“, wie nach ihrem Dafürhalten der Angriffskrieg auf das Nicht-EU-Land Ukraine unlängst zeigte: „Putin hätte eine größere Hemmschwelle, an Deutschland oder Schweden heranzugehen, weil die in der EU und damit alle zusammen sind.“

Wie dieses scheinbare Dilemma zwischen externer Homogenität bei gleichzeitiger interner Diversität aufzulösen sei, hatten die Abiturient*innen schnell herausgestellt. Phil fasste zusammen, die höchsten Vertreter*innen der Union, insbesondere Ursula von der Leyen, „sollten sich mit den Mitgliedsstaaten auf gemeinsame, einfache Werte einigen, auf einen gemeinsamen Nenner kommen, so wie Nuri das [eingangs] gesagt hat.“ Phil war es dabei wichtig zu betonen, dass diese Werte – welche nach Meinung der meisten Schüler und Schülerinnen ohnehin bereits ausreichend diskutiert und vereinbart seien – auch konsequent eingefordert werden müssten. Weiterhin bezogen auf von der Leyen forderte er daher, die Kommissionspräsidentin müsse „dann wirklich sagen: ‚Wenn das nicht läuft, dann passiert gar nichts mehr.‘ Diese gemeinsamen Werte sollten dann zu 100 % durchgesetzt werden.“ Phil zufolge würde dies auch zu deutlich beschleunigter Entscheidungsfindung führen.

“ Gemeinsame Werte sollten zu 100% durchgesetzt werden.

— Phil

Tara meinte gar: „Vielleicht gibt es auch Mitglieder in der EU, die einfach nicht da rein passen.“ Dabei bezog sie sich auf jüngste Wahlergebnisse, die den Kontinent „immer weiter nach rechts rücken.“ Während Uille vor dem Hintergrund anhaltender Diskussionen um die Rechtsstaatlichkeit auch Ungarn und Polen nannte, schloss Tara: „Vielleicht sollte man da mal gucken, ob das überhaupt noch so passt.“

Während dieser Gedankenansatz einer europäischen Desintegration oder eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, wie manchmal öffentlich diskutiert, nicht weiter verfolgt wurde, einigte sich die Gruppe auf ihren Ruf nach einem entschiedenen Einhalten gemeinsamer Werte. Dies könne in letzter Konsequenz auch dazu führen, dass „man schneller Entscheidungen trifft“, wie Phil anfügte. Nicht zuletzt in einzelnen Politikfeldern wie der viel diskutierten Klima-, vermehrt aber auch der Verteidigungspolitik.

10. STRATEGISCHE UNABHÄNGIGKEIT ERREICHEN

Dieses Thema war spätestens seit dem Einmarsch russischer Truppen auf ukrainischem Territorium auch in den Köpfen der jungen Leute angekommen und so stand die Gruppendiskussion Ende Januar auch im Zeichen der Debatte um Panzerlieferungen westlicher – und damit vor allem deutscher und europäischer – Staaten an Kiew. Die ständigen Kontroversen, die den Jugendlichen nicht verborgen blieben, hatten die Schülergruppe ausnahmslos zu einer letzten Forderung an Europas Entscheidungsträger*innen veranlasst: mehr strategische Autonomie der EU in geopolitischen Fragen.

“ Es ist die einzige langfristige Lösung, dass Europa sich in Verteidigungsfragen eigenständig macht.

— Florian

Bezogen auf die Diskussionen um deutsche Leopard-Panzer hielt Florian es für die „einzige langfristige Lösung, dass Europa sich in Verteidigungsfragen eigenständig macht.“ Zu diesem Schluss kam er, da die jahrzehntelange transatlantische Partnerschaft seiner Ansicht nach nicht mehr so zuverlässig sei wie in der Vergangenheit. Nicht zuletzt US-Präsident Trump und seine Pläne ganzer und teilweiser Truppenabzüge hätten dies sehr deutlich gemacht. Florians Lösungsvorschlag einer europäischen Verteidigungsunion stieß in seiner Gruppe auf breite Zustimmung.

Und auch die anderen Gruppen erkannten eine erhöhte weltpolitische Gefahrenlage. „In Europa muss es ein noch viel größeres Miteinander geben“, forderte Margot, denn „vor allen Dingen im Hinblick auf China muss Europa zusammenwachsen, damit man eine größere Chance gegen diese Bedrohung hat. Wir verlassen uns da zu sehr auf

“ Vor allen Dingen im Hinblick auf China muss Europa zusammenwachsen, damit man eine größere Chance gegen diese Bedrohung hat.

— Margot

Amerika und wenn China dann Sch**** baut, sind wir auch am Ar***, wenn uns die USA nicht schützen können.“ Nach kurzem Überlegen fügte sie diesem deutlichen Statement noch hinzu, dass die EU sich wohl in einer ähnlich misslichen Lage befinden würde, falls die USA sich gegen Europa wenden sollte.

Mia wurde mit einem Quervergleich zur energiepolitischen Lage konkreter: „Mit der Gaspipeline hat sich die EU ja abhängig gemacht von Russland, obwohl, finde ich, sich die EU unabhängiger machen sollte.“ Egal ob in Bezug auf China, Russland oder die USA – die Meinung der Schüler*innen war eindeutig und wurde von Mia zusammengefasst: „Sie [die EU] sollte nicht von anderen abhängig sein.“

“ Mit der Gaspipeline hat sich die EU ja abhängig gemacht von Russland, obwohl, finde ich, sich die EU unabhängiger machen sollte.

— Mia

FAZIT

Die Abiturientinnen und Abiturienten fanden klare Worte für ihre Kritik an der aktuellen Europapolitik. Aber sie beließen es nicht bei kritischen Worten, sondern diskutierten gemeinsam Lösungen und formulierten Empfehlungen an die Politik.

Neben inhaltlicher Forderungen nach beschleunigtem und wirkungsvollerem Klimaschutz sowie einem klaren Kompass in der Verteidigungs- und Energiepolitik waren sich die jungen Leute auch systemischer Probleme bewusst. Sie forderten ein beherztes Eintreten gegen Korruption und regten eine bessere Einbindung der jungen Generation in politische Prozesse an. Nach gründlicher Abwägung sprachen sie sich daher für ein generelles Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre aus. Außerdem benötigt es bessere und gezieltere politische Bildungsangebote sowie dringend junge Vorbilder auf Parlamentssitzen. Nur so kann weitverbreitetem Desinteresse und fehlender Motivation zur Beteiligung tatsächlich entgegengetreten werden.


Also, liebe Politiker*innen und Entscheidungstragende: Die junge Generation hat ihre Meinungen formuliert. Nun ist es an Ihnen und Euch, im Sinne von Nick und seinen Mitschüler*innen nicht nur zu reden, „sondern was zu machen.“ Debating Europe/de und die Schüler*innen werden Ihnen und Euch weiterhin kritisch über die Schulter schauen, aber bei vorwärts gewandten, proeuropäischen Entscheidungen auch den Rücken freihalten. Denn nur zusammen kommen wir in Deutschland und Europa voran.

ÜBER DEBATING EUROPE/ DE

Debating Europe ist eine Initiative von Friends of Europe, dem Brüsseler Think Tank für ein nachhaltigeres, inklusives und zukunftsorientiertes Europa. Wir sind eine Online-Diskussionsplattform, die ein echtes Gespräch zwischen Europas Bürger*innen, Expert*innen und politischen Entscheidungstragenden ermöglicht. Seit unserer Gründung im Jahr 2011 ist unser Ansatz, dass Bürgerinnen und Bürger Fragen stellen und ihre Meinung äußern, auf die Politiker*innen in Online-Debatten reagieren und in Bürgerforen direkt diskutieren. Über 3.000 wichtige politische Entscheidungsträger*innen und Expert*innen haben bereits auf die Fragen und Kommentare unserer User*innen geantwortet. Bis heute haben wir mehr als 6 Millionen Nutzer erreicht und ein Social Media Following von über 271.000 Menschen aus ganz Europa aufgebaut.

Um auch die Menschen in den demokratischen Austausch einzubinden, die kein Englisch sprechen, richten wir nach dem Vorbild von Debating Europe zudem Plattformen in anderen europäischen Sprachen ein. Seit 2017 gibt es unsere Plattform

Debating Europe/de, die sich mit europäischen und deutschen Themen direkt an ein deutschsprachiges Publikum richtet. Gemeinsam mit renommierten Partnern aus Deutschland und Europa haben wir in den letzten sechs Jahren vielfältige Projekte organisiert, mit dem Ziel Bürger*innen europäische Politik näher zu bringen. Wir bemühen uns darum, diesen multilingualen Ansatz in den nächsten Jahren weiter auszubauen.





 info@debatingeurope.eu

 [@debatingeurope](https://twitter.com/debatingeurope)

 [/company/debating-europe](https://www.linkedin.com/company/debating-europe)

 www.debatingeurope.eu